

Frau Dr. Echterhoff konnte die Notwendigkeit des Antrags nicht nachvollziehen. Ihre Fraktion habe mit dem Ortsvorsteher, der Polizei und der Feuerwehr in Menden gesprochen.

Die Unfallhäufigkeit schein kein Problem zu sein.

Die Feuerwehr wolle die die Einfahrt offenhalten und da Sicherheit haben.

Herrn Müller habe schon einen Ortstermin wegen der Halteverbotszone gegenüber der Einfahrt gemacht.

Es sei üblich, dass die Polizei mit den Vorschulkindern in dem Bereich läuft und Verkehrserziehung macht.

Die Polizei sehe als größere Gefahrenstelle die Ampel direkt vor der Gesamtschule, weil dort die Kinder eher in Gefahr sind wegen der kleinen Bürgersteige und der Elterntaxis.

Eine Schulstraße sei eher eine Maßnahme, für die man sich einsetzen könnte.

Für die Feuerwehr sei das schon vollzogene Halteverbot die bessere Alternative.

Herr Müller (FB1) erläuterte, dass es zurückliegend zu dem Thema „Sicherheit an Feuerwehrausfahrten und Feuerwehrhäusern insgesamt“ im Stadtgebiet schon mal eine Anfrage gab, die beantwortet worden ist.

Das Thema sei permanent für alle Feuerwehrgerätehäuser präsent.

Bei einem Ortstermin vor einigen Wochen am Standort Menden seien die aus Sicht der Feuerwehr als nötig empfundenen Maßnahmen besprochen worden, die sich im Moment in der weiteren Abstimmung befinden. Folgendes sei vorgesehen:

- Gegenüber der Ausfahrt soll ein Halteverbot angeordnet werden, damit es bei der Ein- und Ausfahrt der Feuerwehrfahrzeuge nicht zu Problemen kommt.
- Mit dem Landesbetrieb werde derzeit abgestimmt, den großen Vorwegweiser für den nachfolgenden Kreisverkehr, der sich kurz vor der Ein- und Ausfahrt befindet, auf die andere Seite zu versetzen. Da die Feuerwehrfahrzeuge immer höher werden, gucken die Fahrer im Moment beim Blick nach links gegen Blech.

Andere Maßnahmen seien aus Sicht der Feuerwehr nicht erforderlich.

Nach diesen Ausführungen zog Frau Feld-Wielpütz den Antrag ihrer Fraktion zurück und bat um Information, wann der Ortstermin stattgefunden hat.

Protokollnotiz:

Der Ortstermin hat am 12.10.2021 stattgefunden.

Frau Borowski merkte an, in den letzten Jahren habe es immer geheißen, dass Anfragen und Anträge reduziert werden sollen, um die Verwaltung zu entlasten.

Sie wies darauf hin, dass insbesondere zu Punkt 2 des Antrags ein Anruf gereicht hätte.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass der Antrag zurückgezogen ist.